

presse

Boykottaufrufe gegen Reisen nach Ägypten sind völlig falsches Signal

Anlässlich der heutigen Eröffnung der Internationalen Tourismusbörse (ITB) erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-Ägyptischen Parlamentariergruppe Klaus Brandner:

Die Sicherheit deutscher Urlauber in Ägypten ist zur Zeit keinesfalls gefährdet. Panikmache ist fehl am Platze. Für das gerade bei deutschen Urlaubern so beliebte Reiseland hätte es fatale Folgen, sollten viele Urlauber den fahrlässigen Boykottaufrufen Folge leisten, erklärt Klaus Brandner.

Zum Auftakt der weltweit größten Tourismusmesse ITB ist die Empfehlung des Vorsitzenden des Tourismusausschusses Klaus Brähmig (CDU/CSU), von Reisen nach Ägypten abzusehen, das völlig falsche Signal.

Ägypten befindet sich in einer wichtigen Umbruchphase, deren positiver Ausgang maßgeblich von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Seit den politischen Umwälzungen im vergangenen Jahr hat der Tourismus und damit einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Ägyptens massive Einbußen erlitten. Für das gerade bei deutschen Urlaubern so beliebte Reiseland hätte es fatale Folgen, sollten viele Urlauber dem fahrlässigen Boykottaufruf Folge leisten.

Das Auswärtige Amt unterstützt für die kommenden zwei Jahre den Transformationsprozess in Ägypten mit zahlreichen Initiativen und wichtigen

Projekten, verstärkt auch im wirtschaftlichen Bereich. Hierbei ist der Tourismussektor ein wichtiger Pfeiler. Durch Boykottaufrufe würde auch dieser wichtigen Arbeit der Boden entzogen werden.

Es besteht zudem keine Reisewarnung seitens des Auswärtigen Amtes. Die Sicherheit deutscher Urlauber in Ägypten ist zur Zeit keinesfalls gefährdet. Panikmache ist fehl am Platz.

Grundsätzlich ist es richtig, dass die Auswirkungen des Tourismus sowie die Beachtung der Menschenrechtsslage in touristischen Zielregionen eine stärkere Beachtung finden sollten. Aber im Gegensatz zum Vorsitzenden des Tourismusausschusses ist es uns wichtig, deutlich zu machen, dass gerade in einer Umbruchsituation der demokratische Aufbauprozess durch wirtschaftliche Stabilität unterstützt werden muss. Denn neben dem Drang nach mehr politischer Teilhabe sind die Demonstrantinnen und Demonstranten damals insbesondere wegen der wirtschaftlichen Perspektivenlosigkeit in Ägypten auf die Straße gegangen.